und der Zuwanderung von Ausländern bekam die alte Diskussion neuen Elan. Dazu kamen die oben erwähnte zunehmende Binnenwanderung und die Tatsache, dass angesichts der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse die Nutzungsberechtigung am Gemeingut für das wirtschaftliche Überleben der Familien in den meisten Fällen kaum noch eine Rolle spielte. Dies führte dazu, dass es dieses Mal gelang, auch in Liechtenstein einen Gemeindedualismus einzuführen. Im angrenzenden Schweizer Rheintal war ein solcher bereits seit der St. Galler Kantonsgründung im frühen 19. Jahrhundert Realität. Beeinflusst vom österreichischen Konzept der Einheitsgemeinde hatte sich Liechtenstein mit einer klaren Trennung schwerer getan.¹⁷⁰

Die Diskussionen über den Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), der für Liechtenstein nach zwei Volksabstimmungen in den Jahren 1992 und 1995 und den damit verbundenen intensiven Abstimmungsdebatten am 1. Mai 1995 in Kraft getreten ist, dürften diesem Trennungsprozess den nötigen Zusatzschub verliehen haben. Angesicht der erwarteten weiteren Zuwanderung und möglicher Teilnahme der Zugewanderten an den althergebrachten Nutzungsrechten wuchs der Wunsch, die Besitzverhältnisse der politischen Gemeinden und der ursprünglich Nutzungsberechtigten zu klären – und so weit möglich zu bewahren.¹⁷¹

6.1.2 Überblick über die rechtlichen Grundlagen

Bürgergenossenschaften sind gemäss Legaldefinition in Art 1 BüGG Körperschaften des öffentlichen Rechts, die aus ihren Mitgliedern bestehen und sich im Rahmen des gesetzlich definierten Regelungsverfahrens gebildet haben. Gemäss Art 2 BüGG ist es ihr Ziel, in Fortführung der alten Rechte und Übungen das Genossenschaftsgut zu verwalten und zu wahren und ihren Mitgliedern Anteil an dessen Nutzung zu gewähren.

Die Mitglieder einer Bürgergenossenschaft sind gemäss Art 3 Abs 1 BüGG bei deren Gründung die bis anhin Nutzungsberechtigten. Art. 3 Abs 2 BüGG legt die Voraussetzungen für die Aufnahme weiterer Mitglieder fest. Dies erfolgt – zusammenfassend – über Antrag, sofern eine Abstammung von oder Heirat mit einem Mitglied sowie die Liechtensteiner Staatsbürgerschaft vorliegt. Abs 3 der gleichen Bestimmung enthält weiter eine Öffnungsklausel, die es den einzelnen Bürgergenossenschaften freistellt,

¹⁷⁰ BuA Nr 68/1990, 8.

¹⁷¹ So auch der Vorsitzende der Bürgergenossenschaft Triesen, Emanuel Banzer, anlässlich eines persönlichen Gesprächs am 4. November 2015. In der Abstimmungsbroschüre vom Dezember 2002 über die Errichtung der Bürgergenossenschaft Triesen wurde als Pro-Argument festgehalten: „In Zeiten rasanter gesellschaftlicher Veränderung, Öffnung nach verschiedenen Richtungen und europäischer Integration durch Teilnahme am EWR bietet die Bürgergenossenschaft ein wohlthuendes Gegengewicht. Sie kann dazu beitragen, Wurzeln zu festigen oder neu zu bilden. Grosse, globale Gebilde hingegen tragen mit ihrer Anonymität zum Verlust von Verantwortungsbewusstsein bei.“ (*Gemeinde Triesen* (Hrsg), Abstimmung Bürgergenossenschaft Triesen, Eine Dokumentation (2002) 32, einsehbar unter www.bgt.li/mitgliedschaft/ (abgefragt am 10. April 2016)).